



Strafrechtsprofessor Alois Birklbauer (links) moderierte die Diskussionsrunde vor 250 Besuchern im Loft des Uni-Centers.

Foto: nie/Privat

Migranten-Kriminalität: Integration und „Law and Order“ sind kein Widerspruch

Kepler-Uni lud zu Experten-Debatte über ein gesellschaftspolitisch heißes Thema

Von Robert Stammer

LINZ. „Integration oder Law and Order als Antwort auf Migrantenkriminalität?“. Diesen Titel trug am Mittwochabend eine Experten-Debatte an der Linzer Universität, zu der die Professoren Alois Birklbauer (Institut für Strafrecht) und Helmut Hirtenlehner (Zentrum für Kriminologie) geladen hatten.

„An einer Universität soll man über heikle Themen sachlich diskutieren“, sagte Katharina Pabel, die Dekanin der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, zur Begrüßung. „Wir leben in einem Rechtsstaat, und der gehört gehegt und gepflegt. Auch Migranten sind Menschen mit Rechten.“ Applaus im Saal und auf dem Podium, auch vom Linzer Vizebürgermeister Detlef Wimmer (FP).

„Integrationsleistung belohnen“

Dass Integration und „Law and Order“ kein Widerspruch, sondern ein Miteinander sei, diese Meinung teilte Wimmer mit seinem politischen Konterpart, Integrations-Landesrat Rudi Anschöber (Grüne). Das war es dann aber schon mit der Gemeinsamkeit. Anschöber betonte, die Integrationsleistung junger Asylwerber, die etwa eine Lehre absolvieren, solle „belohnt“ und nicht durch Abschiebungen „bestraft“ werden.

„Es ist gut, wenn sich illegale Zuwanderer hier an die Spielregeln halten und sich integrieren wollen. Aber man kann auf Basis einer rechtswidrigen Einreise keinen legalen Status begründen“, widersprach Wimmer. „Man soll nicht Leute einladen, die man nachher wieder ausladen muss, das ist keine faire Politik.“

„Welche Flüchtlinge haben wir denn eingeladen?“, konterte Christian Schörkhuber von der Volkshilfe Oberösterreich. „In Syrien herrscht Kriegszustand, und in weiten Teilen Afghanistans übernehmen die Taliban das Ruder.“ Flüchtlinge seien berechtigt, einen Asylantrag zu stellen. „Da gibt es keine illegale Einreise“, sagte Schörkhuber.

Landespolizeidirektor Andreas Pilsel sprach den Widerspruch zwischen der objektiven Sicherheitslage in Oberösterreich und dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung an: „Wir haben 2018 die niedrigste Kriminalitätsrate der vergangenen zehn Jahre verzeichnet – nur die Menschen fühlen das nicht so.“

„Probleme mit Afghanen“

„Man soll Flüchtlingskriminalität nicht wegreden, aber 90 bis 95 Prozent der Flüchtlinge haben nichts mit Kriminalität und Gewalt zu tun“, sagte der Kriminologe Dirk Baier von der Uni Zürich. Junge Männer seien unabhängig von ihrer Herkunft eine Gruppe, die verstärkt straffällig werde.

Das wollte Pilsel so nicht stehen lassen: „Wir haben 4500 Afghanen in Oberösterreich und wir haben 1300, die wir wegen Delikten angezeigt haben. Das ist ein Problem und keine Randerscheinung.“ Die Bevölkerung in Nordafrika und Vorderasien werde in den nächsten zehn Jahren um 500 Millionen Einwohner wachsen, sagte Pilsel. „Deshalb müssen wir in der EU über geordnete Zuwanderung reden.“ Eine Aussage, die Baier verärgerte: „Warum werfen Sie diese Zahl ins Publikum? Es ist absurd zu behaupten, dass alle nach Europa wollen, das ist Angstkommunikation.“

Anschöber kritisierte die Bundesregierung: Diese habe kürzere Asylverfahren zugesagt, doch die Personalaufstockung bei den Asylbehörden verweigert. Im Schnitt dauere ein Asylverfahren inklusive zweiter Instanz drei Jahre. „Wer so handelt, schafft Probleme und Konflikte.“ Allerdings gebe es ein Problem „mit Männern, die einen falschen Ehrbegriff hereingebracht haben. Mit denen muss gearbeitet werden.“

„Wir reden über das Patriarchat, und auf dem Podium sitzen nur Männer“, stellte Schörkhuber fest. Wichtig sei eine „aktive und kritische Zivilgesellschaft. Wir brauchen mehr Mutmenschen denn je.“

FACHTAGUNG AN DER LINZER JOHANNES-KEPLER-UNI

Zum Thema Migration und Kriminalität veranstalteten das Institut für Strafrecht und das Zentrum für Kriminologie am Mittwoch nicht nur eine Experten-Debatte, sondern auch eine hochkarätige Fachtagung. So referierte der Wiener Strafrechtler **Christian Grafl** über Struktur und Ausmaß der Migrantenkriminalität und betonte, dass die meisten Tatverdächti-

gen nicht aus klassischen Fluchtländern, sondern aus Rumänien, Deutschland und Serbien stammen. Der Kriminologe **Helmut Hirtenlehner** sprach über die Furcht in der Bevölkerung vor Migrantenkriminalität. Die Ängste seien nicht durch persönliche Erfahrungen, sondern durch soziale Abstiegsbefürchtungen erklärbar, was zahlreiche Studien zeigen würden.

Asyl und Kriminalität: Das sagten die Teilnehmer der Diskussion an der Linzer Johannes Kepler Universität

„Gleichberechtigung von Mann und Frau ist eine Grundregel für jeden, egal ob er in Kabul oder in Attnang geboren wurde.“



Foto: Schwarzl Landesrat (Grüne)

„Ich maße mir nicht an, als Minister aufzutreten. Ein neues Einwanderungsgesetz wäre sinnvoll, ich lehne aber



Foto: OÖN

schrankenlose Zuwanderung ab.“

Detlef Wimmer, Linzer Vizebürgermeister (FP)

„Restriktive Politik wie etwa Asyl auf Zeit schafft Unsicherheit, vor allem bei



Foto: privat

unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.“

Christian Schörkhuber, Volkshilfe

„Die Kriminalitätsrate ist gesunken, aber der Anteil ausländischer Täter ist seit 2015 stark gestiegen. 34

Prozent sind fremdländischer Herkunft.“

Andreas Pilsel, Landespolizeidirektor Foto: Weibold



Überblick

Taiskirchen: Wo das i-Pad Teil des Unterrichts ist



OÖN/jsz

TAISKIRCHEN. Das digitale Klassenzimmer ist in der NMS Taiskirchen bereits Realität geworden. Alle 167 Schüler arbeiten im Unterricht mit

iPads. Die für Bildung zuständige Landeshauptmann-Stv. Christine Haberlander (VP) zeigte sich bei ihrem Besuch beeindruckt von den modernen Unterrichtsmethoden der Schule. Pflanzen im Biologieunterricht bestimmen, der pythagoräische Lehrsatz in Mathematik, sogar im Turnunterricht findet das iPad Anwendung. Mehr auf nachrichten.at/innviertel

Betrug in Zahnarzt-Praxis? „Jeder Plombe nachgehen“

Mehrere mutmaßliche Opfer – Zahnärztekammer unterstützt die Behörden bei den Ermittlungen

Falsche Rechnung für falsche Zähne: Staatsanwalt ermittelt

Qualen trieben die Patientin zur Nachoperation in die Kepler-Uniklinik. Dort fand man kein vom Zahnarzt verrechnetes Implantat

Die OÖN berichteten im Dezember 2018 über den Fall

STEYR. Weil er Patienten nicht erbrachte Leistungen verrechnet haben soll, ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Betrug gegen einen Zahnarzt aus dem Bezirk Steyr-Land. OÖN-Leser kennen den Fall seit Dezember des Vorjahres. Mittlerweile hätten sich mehrere mutmaßliche Opfer bei der Polizei gemeldet, sagt Andreas Pechatschek von der Staatsanwaltschaft Steyr: „Die Ermittlungen sind sehr umfangreich, weil wir sozusagen jeder Plombe nachgehen müssen. Daher lässt sich nicht abschätzen, wann sie abgeschlossen sein werden.“

Der entstandene Schaden soll einige Hunderttausend Euro betra-

gen. Zwei Sachverständige würden intensiv an dem Fall arbeiten.

Die Landeszahnärztekammer unterstützt die Staatsanwaltschaft bei den Ermittlungen: „Wir sind daran interessiert, Transparenz zu erreichen“, sagt Präsident Hans Schrangl. Man habe auch veran-

lasst, dass besagter Mediziner derzeit keinen Notdienst versee. Ein Disziplinarverfahren könne allerdings nur im Falle einer Verurteilung eingeleitet werden.

Ins Rollen gebracht hat die Ermittlungen der Fall einer Patientin aus Aschach/Steyr im Dezember

2018. Der Mediziner soll ihr eine Honorarnote für ein Implantat ausgestellt haben, das jedoch bei einem kieferchirurgischen Eingriff in der Kepler-Uniklinik nicht im Mund der Frau gefunden wurde.

Vorwurf der Belästigung

Zudem soll auch der Bruder des Zahnarztes an Behandlungen beteiligt gewesen sein, obwohl er nicht über die entsprechenden Zulassungen verfügt. Der Mediziner, für den die Unschuldsumutung gilt, bestreitet die Vorwürfe, ebenso wie jene der sexuellen Belästigung, die, wie im Jänner berichtet, von zwei jungen Mitarbeiterinnen erhoben wurden.